

Generalsekretär Peter Hintze:

Zwei Themen entscheiden: Wirtschaft und Sicherheit

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Peter Hintze am 29. November über die Beratungen im Parteipräsidium und im Bundesvorstand berichtet.

● Zur Situation in Sachsen-Anhalt nach dem Rücktritt der Landesregierung:

Der Bundesvorstand hat einen ausführlichen Bericht über die Situation in Sachsen-Anhalt von Ministerpräsident Werner Münch und vom Fraktionsvorsitzenden Christoph Bergner entgegengenommen. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, dankte Werner Münch und seinem Kabinett für die geleistete Aufbauarbeit in Sachsen-Anhalt. Der Bundesvorstand nahm die Rücktrittserklärung mit Respekt entgegen. Der Bundesvorstand spricht sich nachdrücklich für die Fortsetzung der Koalition in Magdeburg aus. Christoph Bergner hat für die künftige Arbeit die volle Unterstützung der CDU Deutschlands.

● Zum Thema Bundespräsident:

Das Präsidium hat es ausdrücklich bedauert, daß der Wunsch der Union, mit Steffen Heitmann eine Persönlichkeit aus den neuen Bundesländern zum Bundespräsidenten zu wählen, keinen Erfolg hatte.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

- **Bundshaushalt 94**
Adolf Roth: Richtige Weichenstellung. Seite 4
Wolfgang Schäuble: Die Grundlagen unserer Gemeinschaft stärken. Seite 6
Bundesfinanzminister Theo Waigel: Konsolidieren heißt gestalten. Seite 9
- **Grundsatzprogramm**
Christa Thoben: Für eine Synthese von Ökonomie und Ökologie. Seite 12
- **Sozialdemokraten**
Die SPD versagt vor den Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung. Seite 15
Die SPD versteht die Welt nicht mehr. Seite 18
- **Pflegeversicherung**
„Plus-Minus“: ARD-Fernsehmagazin stellt falsche Behauptungen auf. Seite 22
- **Dokumentation**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir brauchen einen zweiten großen Aufbruch. Rede in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 24. November. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

Der sächsische Justizminister Steffen Heitmann mußte sich einer Vielzahl unfairer Attacken erwehren. Wir verstehen, daß Steffen Heitmann unter diesen Bedingungen die persönliche Entscheidung getroffen hat, nicht mehr für die Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stehen.

Wir haben Steffen Heitmann für seine noble Art und für sein großes Engagement gedankt.

Die CDU strebt jetzt zusammen mit CSU und FDP die gemeinsame Nominierung eines Kandidaten an.

Nachdem die SPD zum zweiten Mal einem Konsenskandidaten eine Absage erteilt hat, ist nun die Koalition gefordert, einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten. Wir werden dies in Ruhe in der vor uns liegenden Zeit tun, und ich bin zuversichtlich, daß wir zu einem guten Ergebnis kommen.

● Zum Wahljahr 1994:

Zwei Themenbereiche werden sowohl für die Europa-Wahl wie auch für die Bundestagswahl entscheidend sein: Das Thema Nummer eins ist die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Sicherung der Arbeitsplätze, das Thema Nummer zwei wird die Frage der Inneren Sicherheit, der Verbrechensbekämpfung sein.

Unter dem Leitmotiv „Wir sichern Deutschlands Zukunft“ wollen wir deut-

lich machen, was in der Innen- und Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Umweltpolitik geschehen muß, um unter weltweit veränderten Bedingungen auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Das Präsidium hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das Thema Wirtschaft und Arbeit thematisch weiter vorbereiten soll. Unter dem Vorsitz von Christa Thoben und Klaus Töpfer hat diese Arbeitsgruppe in der Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstandes bereits einen ersten Zwischenbericht gegeben.

Wir wollen auf unserer nächsten Präsidiumssitzung noch im Dezember eine entsprechende Vorlage verabschieden und diese auf unserer Klausurtagung im Januar weiter beraten.

Die Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Arbeit“ hat vorgetragen, daß es jetzt darauf ankommt, in vier Bereichen weitere konkrete Maßnahmen zu ergreifen, und zwar zusätzlich zu den Maßnahmen, die bereits von der Regierung zum Thema Standortsicherung ergriffen worden sind.

Der erste Bereich bezieht sich auf die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder. Der zweite Bereich bezieht sich auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmungen auf dem Weltmarkt. Der dritte Bereich bezieht sich auf den Abbau von markthemmen- den Regelungen (Stichwort: Deregulierung), und der vierte Bereich bezieht sich auf eine weitere Ausgestaltung aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Zur Vermittlung des Europa-Themas

veranstaltet die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung am 13. Dezember im Ludwig-Erhard-Saal in Sankt Augustin eine Internationale Fachtagung. Über „Bürgerdialog als Aufgabe der Europapolitik“ wird um 11.15 Uhr Professor Dr. Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament sprechen.

Mit großem Respekt und Bedauern

Zum Rücktritt Steffen Heitmanns von der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit großem Respekt und Bedauern nehme ich den Schritt Steffen Heitmanns zur Kenntnis, seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten niederzulegen. Ich danke Steffen Heitmann, auch im Namen der Christlich Demokratischen Union, daß er sich in einer schwierigen Phase des Zusammenwachsens des vereinigten Deutschlands zur Verfügung gestellt hat.

Unerträgliche Kampagne

Die unerträgliche Kampagne, mit der Steffen Heitmann in den letzten Monaten persönlich angegriffen und diffamiert wurde, ist beschämend für alle, die sich daran beteiligt haben. Die Art und Weise des Rücktritts macht deutlich, welches Zerrbild von Steffen Heitmann der Öffentlichkeit vermittelt wurde. Seine Erklärung zeigt, was für eine noble und faire Persönlichkeit Steffen Heitmann ist.

Zum Rücktritt Steffen Heitmanns von der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Entscheidung Steffen Heitmanns, für eine Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten nicht mehr zur Verfügung zu stehen, verdient Respekt. Ich kann gut verstehen, daß Steffen Heitmann nicht länger bereit war, sich den fortwährenden diffamierenden und zutiefst verletzenden Angriffen gegen seine Person auszusetzen.

Mit dem Respekt für die Entscheidung Steffen Heitmanns verbindet sich die hohe Achtung für eine Persönlichkeit, die auch in der Zeit der kommunistischen Diktatur in untadeliger Haltung ihre Würde bewahrt hat. Steffen Heitmann hat als Justizminister große politische Erfolge zu verzeichnen; er war bereit, in dieser schwierigen Phase des inneren Einigungsprozesses im höchsten Staatsamt Verantwortung zu übernehmen.

Dafür schuldet ihm die CDU Dank. Steffen Heitmann wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der CDU spielen.

Aus der Rücktrittserklärung Steffen Heitmanns:

Ich weiß, daß ich mit meinem Rücktritt viele Menschen in unserem Land enttäusche, und ich bitte sie herzlich um Verständnis und um Verzeihung. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß aus der Art und Weise der um meine Person geführten Debatte nichts Gutes wachsen kann.

Ich danke aufrichtig für die Ehre und das Vertrauen, die es bedeutet, ein solches Amt angetragen zu bekommen. Ich danke den Parteiführungen, Parteigremien und Parteifreunden von CDU und

CSU, die mich ermutigt und unterstützt haben, teilweise mit erheblichem politischen Risiko für sich selbst.

Ganz besonders danke ich aber den unzähligen Bürgerinnen und Bürgern, die mir Zuspruch, Ermutigung und Zustimmung in Wort und Schrift und durch Gesten zukommen ließen. Das wird mich auf meinem weiteren Weg begleiten und wiegt vieles an Belastung, Diffamierung und Enttäuschung auf.

Möge aus meinem Rücktritt Gutes für unser Vaterland wachsen.

Bundshaushalt 1994:

Richtige Weichenstellung

Die Haushaltsdebatte in dieser Woche hat überdeutlich gezeigt: Die Sozialdemokraten haben in den Bereichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik außer verbalen Rundumschlägen, fundamentaler Blockadehaltung und demagogischen Verunglimpfungen keinerlei Alternativen zu bieten.

Es werden Schreckensszenarien aufgebaut, die den Zusammenbruch im Westen Deutschlands bis hin zum bösen Wort „Staatsbankrott“ prophezeien und den wirtschaftlichen Aufschwung im Osten Deutschlands herunterreden. Die Strategie der SPD liegt auf der Hand: Sie geißelt die Bundesregierung und Koalition als größte Schuldenmacher, verschweigt eigene Rezepturen, blockiert unsere notwendigen Sparmaßnahmen und will gleichzeitig die ohnehin zu hohe Steuerlast noch weiter erhöhen.

Es ist wahr, daß wir in Deutschland eine einmalige geschichtliche Aufgabe bewältigen müssen und uns deshalb in Ost und West auf die nötigen Prioritäten konzentrieren müssen. Von Anfang an hat die SPD hier solidarisches Verhalten vermissen lassen.

Ebenso ist es wahr, daß dies bei gleichzeitiger weltwirtschaftlicher Rezession unsere wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte ungewöhnlich strapaziert und daß jetzt nicht die Zeit von Verteilungsdemokratie sein kann. Die alte Wahrheit „erst produzieren, dann verteilen“ ist auch durch Parteitagbeschlüsse nicht außer Kraft zu setzen.

Es ist wahr, daß die Verschuldung der

öffentlichen Hand im Zuge der Wiedervereinigung deutlich gewachsen ist.

Es ist aber auch wahr, daß die größte Schuldenexplosion beim Bund in den Jahren 1969 bis 1982 stattfand, als die SPD in Bonn Regierungsverantwortung trug. Von 1969 bis 1982 stieg die Verschuldung des Bundes von 45,2 Mrd. DM auf 308,5 Mrd. DM, dies war ein Zuwachs um 582,5 v. H. Im Gesamtzeitraum 1982 bis 1994 stellt sich der Schuldenzuwachs des Bundes auf knapp 139

Von Adolf Roth, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

v. H. (von 308,5 Mrd. DM 1982 auf 737 Mrd. DM 1994). Dieser Schuldenzuwachs beim Bund ist heute wesentlich niedriger als damals.

Wahr ist, daß die Schulden vom Fonds Deutsche Einheit, Kreditabwicklungsfonds und Treuhandanstalt einigungsbedingt sind. Im Föderalen Konsolidierungskonzept wurde festgelegt, daß die Schulden zur Bewältigung der finanziellen Erblast der ehemaligen DDR ab 1995 im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßt und allein aus dem Bundshaushalt verzinst werden. Hierbei handelt es sich um ein Volumen von rd. 400 Mrd. DM (rd. 230 Mrd. DM Treuhandanstalt, rd. 140 Mrd. DM Kreditabwicklungsfonds und rd. 30 Mrd. DM gekappte Altschulden des Wohnungsbaus der früheren DDR). Natürlich führt die Verzinsung

aus dem Bundeshaushalt dazu, daß die Zinslastquote des Bundes von 15,4 v. H. in 1994 auf über 20 v. H. in 1995 und auf über 22 v. H. 1997 emporschnellt.

Alein diese Relation unterstreicht — zusammen mit der überhöhten Staats- sowie Steuer- und Abgabenquote — die Notwendigkeit des eisernen Sparens beim Bund, und zwar jetzt, damit Handlungsspielräume nicht endgültig zugehört werden.

Die Haushaltspolitik ist durch drei Kernaussagen geprägt:

1. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist unausweichlich und vorrangig. Wir brauchen Signale des Vertrauens.

2. Wir müssen die Sparstiefel anbehalten, weil höhere Schulden oder zusätzliche Steuern kein Ausweg, sondern ein Irrweg sind.

3. Da die konjunktur- und strukturbedingten Wachstumsengpässe den Verteilungsspielraum auf Null gebracht haben, müssen Umschichtungsspielräume genutzt und Ausgabebeschränkungen beschlossen werden.

Nach dem Föderalen Konsolidierungsprogramm vom Frühjahr dieses Jahres ist auch das Spar- und Wachstumspaket der Koalition mit Entlastungen von 21 Mrd. DM im Haushalt 1994 umgesetzt worden.

Im Haushaltsverfahren haben die Koalitionsfraktionen den sachlich unausweichlichen Sparprozeß weiter vorangebracht.

Obwohl durch die anhaltende Wirtschaftsschwäche zusätzliche Belastungen auf den Bundeshaushalt von insgesamt fast 12 Mrd. DM in Form von weiteren Steuermindereinnahmen (-2,7 Mrd. DM) und höheren Ausgaben an die Bundesanstalt für Arbeit (+7 Mrd. DM) sowie weiteren Mehrausgaben im Sozialhaushalt (+2 Mrd. DM) zugekommen sind, konnte durch harte Sparschritte und gezielte Ansatz-Reduzierungen eine Etat-

entlastung von rd. 10 Mrd. DM erreicht werden.

Insbesondere die ausgebrachte globale Minderausgabe in Höhe von 5 Mrd. DM bei den sächlichen Verwaltungsausgaben sowie bei den Zuweisungen und Zuschüssen ist ein vertrauensbildender Schritt für die Märkte und ein Signal an die Geldpolitik, die schrittweise Zinssenkungspolitik fortsetzen zu können.

Dies ist ein harter, aber letztlich unausweichlicher zusätzlicher Sparschritt. Zur Umsetzung müssen sämtliche Einzelpläne der Ressorts ihren fairen Anteil tragen, unter angemessener Schonung zukunftsorientierter Politik-Bereiche. Die Möglichkeit der Verlagerung der Sperre erlaubt eine flexible Handhabung. Im Aufdecken eigener Schwachstellen sind Phantasie und Kreativität gefragt, insbesondere müssen auch Zuschüsse mit Subventionscharakter unter die Lupe genommen werden.

„Sparsamkeit hoch drei“

Trotz dieser hohen Haushaltssperre bleibt die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 69,1 Mrd. DM konjunkturell überhöht. Ohne das massive Gegensteuern bei den ausgabeträchtigen Leistungsgesetzen und ohne die weitere Rotstiftpolitik der Koalition wäre die Nettokreditaufnahme 1994 auf die Rekordmarke von 100 Mrd. DM hochgeschnellt. Gerade Deutschland kann sich aber kein stabilitätswidriges Verhalten gegenüber den Finanzmärkten leisten.

Der Bundeshaushalt 1994 ist durch „Sparsamkeit hoch drei“ geprägt und verdeutlicht den schwierigen Balanceakt zwischen Sparzwang und Konjunkturstabilisierung. Er ist ein wichtiger und folgerichtiger Zwischenschritt auf dem Wege der volkswirtschaftlichen Gesundung und stärkt das Zukunftsvertrauen der Märkte und der investierenden Wirtschaft.

Wolfgang Schäuble: Die Grundlagen unserer Gemeinschaft stärken

Ich habe immer, im Jahre 1990 und seitdem, die Sorge gehabt, daß die vielen Veränderungen, die zwangsläufig auf die Menschen zukommen — es sind nicht nur Veränderungen in Deutschland, im Ost-West-Verhältnis und in Europa; der Eiserne Vorhang teilt uns nicht mehr —, zu Verunsicherungen führen und daß dies in einer Gesellschaft, die durch 40 Jahre wachsenden Wohlstand und wachsende soziale Sicherheit gekennzeichnet ist, wie wir es in der alten Bundesrepublik hatten, nicht zu mehr Solidarität führt.

Die Veränderungen sind unendlich viel größer, als wir das bis 1989/90 noch gewohnt waren. Weil dies aber so ist, war und bleibt meine Überzeugung, daß wir der Grundlagen unserer Gemeinschaft wieder sicherer werden müssen, als wir es heute sind.

Diese Grundlagen unserer Gemeinschaft sind ein Grundbestand an Werten, an Tugenden, an Institutionen. Es ist aber auch die gemeinsame Identität, die eine regionale, eine europäische und eine nationale ist. Diese Grundlagen unserer Identität und das Verständnis als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft brauchen wir, um diese Veränderungen in demokratischer Stabilität zu meistern. Der Prozeß der inneren Einheit Deutschlands ist noch nicht vollendet.

Gerade in diesen Tagen müssen wir uns in besonderer Weise unserer Verantwortung für die Stabilität unseres freiheitlichen Rechtsstaats und dessen bewußt sein, daß die Voraussetzungen durch das richtige Tun und die richtigen verantwortlichen Entscheidungen bewahrt wer-

den, damit in unserem Lande Toleranz und Gewaltfreiheit erhalten bleiben und damit die demokratischen Institutionen und das Ansehen der politischen Parteien, ohne die eine freiheitliche Demokratie nicht wirklich zu organisieren und lebensfähig zu halten ist, nicht immer weiter Schaden nehmen.

Die wichtigste Frage, auf die wir uns im Augenblick konzentrieren müssen, ist, die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und möglichst rasch zu einem Absinken der Arbeitslosigkeit zu kommen. Aber das, was die SPD dazu an Vorschlägen auf ihrem Parteitag eingebracht hat, hat mich wirklich überrascht. Das war nun wirklich unter Null. Denn die

Aus der Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24. November im Deutschen Bundestag

Vorschläge der SPD werden nicht nur nichts verbessern — nein, sie werden schaden.

Ich finde, Sie haben in Ihrer Oppositionsstrategie ein merkwürdiges Dreieck. Sie sagen: Die Steuern sind zu hoch, die Verschuldung ist zu hoch, und die Ausgabenkürzungen lehnen wir ab. Das geht auch mit 13 Jahren in sozialdemokratischer Gesamtschule nicht zusammen. Es hilft doch gar nichts: Wir haben einen ungewöhnlich engen Spielraum für unsere Finanz- und Haushaltspolitik.

Niemand kann Freude daran haben, daß wir mit so schmerzhaften Spareingriffen

die Neuverschuldung im Haushalt 1994 dennoch nur auf 70 Milliarden DM — man wagt es ja kaum auszusprechen — begrenzen konnten, was zu hoch ist und was einen doch hindern muß, Sparvorschläge abzulehnen und gleichzeitig noch zusätzliche Ausgabenforderungen zu stellen.

Konsolidierung durchhalten

Wir müssen, wenn die Wirtschaftslage besser werden soll, den Kurs der Konsolidierung, den wir mit dem Haushalt 1994 beschreiten, durchsetzen und durchhalten. Deswegen werbe ich so sehr dafür, daß Sie im Bundestag nicht dagegenstimmen und daß Sie uns vor allen Dingen im Bundesrat, Herr Ministerpräsident Scharping, nicht blockieren, daß Sie nicht bei jeder Gelegenheit Ihre Mehrheit im Bundesrat dazu ausnutzen, weitere Forderungen zugunsten der Länder durchzusetzen, die nun wirklich besser dastehen als der Bund insgesamt.

Der Standort Deutschland ist im europäischen wie im weltweiten Wettbewerb schwächer geworden. Durch die besonderen Belastungen nach der deutschen Einheit und in einer aktuellen Konjunkturkrise der Weltwirtschaft insgesamt werden die strukturellen Probleme, die in Jahrzehnten entstanden sind, wie in einem Brennglas deutlicher sichtbar. Sie bestehen darin, daß wir im Vergleich zu anderen nicht nur höhere Lohn- und Lohnnebenkosten haben. Wir wollen nicht auf das Niveau der Tschechischen oder der Slowakischen Republik zurück. Wir wollen, daß sie möglichst rasch in die Nähe unseres wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands kommen können.

Wir haben also nicht nur höhere Lohn- und Lohnnebenkosten. Auch unser Management ist nicht mehr so toll, wie uns die Größen der Wirtschaft, die über

die Politik herziehen, immer gesagt haben. Ich sage deswegen nicht, daß wir besser sind; aber die sind leider auch nicht besser.

Wir sind z. B. bei den Energiepreisen teurer als viele andere europäische Länder. Unsere Genehmigungsverfahren sind länger, schwerfälliger, komplizierter, weniger kalkulierbar und damit im Ergebnis teurer als die in anderen Ländern.

Warum werden denn zunehmend nicht nur Produktionsstätten, sondern auch Forschungsstandorte aus Deutschland heraus verlagert? Warum finden Absolventen eines Chemiestudiums in Deutschland kaum noch einen qualifizierten Arbeitsplatz?

Wenn wir jetzt selbstkritisch fragen, was Politik zu diesen Entwicklungen beigetragen hat, dann wird doch nicht zu bestreiten sein, daß das Nachgeben oder das Schüren oder das Ausbeuten von existentiellen Ängsten, das im Zeichen von Rotgrün mit vielen Entwicklungen moderner Wissenschaft und Technik in den letzten Jahren und Jahrzehnten betrieben worden ist, natürlich einer der Gründe ist, warum der Standort Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb schwächer geworden ist und warum die Genehmigungsverfahren bei uns länger dauern und teurer sind.

Wenn wir das ändern wollen, dann müssen wir uns zur Modernisierung, zum Fortschritt von Wissenschaft und Technik, zu ihrer Anwendung und Umsetzung und auch zu moderner Forschung bekennen.

Motivation erhalten

Die andere Frage, die mit dem Standort Deutschland zu tun hat, betrifft die Motivation der Menschen, der einkommensstärkeren wie der einkommensschwächeren. Aber daß Eigenverantwortung und

Leistungsbereitschaft die entscheidende Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit sind, das kann man durch keine Sozialverteilungsdiskussion beiseite schieben. Wenn Menschen in dem Fall, daß sie arbeiten — und sei es Teilzeitarbeit oder saisonale Arbeit —, nicht ein höheres Einkommen haben, als wenn sie nicht arbeiten, dann wird die Motivation für Arbeit weiter mit Füßen getreten, und der wirtschaftliche Wohlstand leidet Not. Darauf müssen wir unsere Transfersysteme einrichten. Wir haben erste Schritte eingeleitet, die in diese Richtung gehen.

Solange wir weiterhin so reden, als sei nicht der einzelne in erster Linie selbst dafür verantwortlich, daß er einen Arbeitsplatz findet, und als seien nicht in erster Linie die Tarifpartner verantwortlich, werden wir weiterhin dem Zustand Vorschub leisten, daß insbesondere die Tarifpartner in ihrer Verantwortung nicht hinreichend die beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten bedenken. Und das ist genau der falsche Weg. Wer immer alles beim Staat und bei der Politik festmacht, der leistet einem Denken Vorschub, das eben nicht hinreichend die Eigenverantwortung in Anspruch nimmt.

Niemand kann bestreiten, daß es soziale Not in Deutschland gibt. Niemand kann leicht über das Schicksal der Arbeitslosen und ihrer Familien hinweggehen. Aber zu einer wahrhaftigen Beschreibung der Lage in Deutschland insgesamt gehört eben schon auch, daß eine große Zeitung in diesen Tagen geschrieben hat, der Notstand sei ausgebrochen, weil über Weihnachten alle Flugreisen ausgebucht seien. Und zur Beschreibung der Lage in Deutschland gehört eben auch, daß Sie in Westdeutschland und in Ostdeutschland für Bauhaupt- und Baunebengewerbe keine Arbeitskräfte finden. Bei einer Arbeitslosenzahl von vier Millionen ist das nicht erklärbar.

Ich bleibe dabei: Wir werden in unserem Lande eine gute Zukunft nur haben, wenn wir uns der Grundlagen unserer Gemeinschaft sicherer werden, wenn wir die nationale Gemeinschaft stärken auf dem unumkehrbaren Weg zur europäischen Einigung, wenn wir die grundlegenden Normen, die unsere Freiheitsordnung prägen, bewahren und erhalten, wenn wir wissen, daß ohne Leistungsbereitschaft, Fleiß und Eigenverantwortung wirtschaftlicher Wohlstand nicht zu erzielen ist.

Junge Union diskutierte über das Duale System

Kreislaufwirtschaft, Restmüllbehandlung, kommunale Abfallprobleme — das waren nur einige der Stichworte, die die Teilnehmer des Fachkongresses der Jungen Union „Duales System: Auf- oder Abstieg vom Müllberg“ diskutierten.

In Zusammenarbeit mit der Karl-Arnold-Bildungsstätte konnten sich die Teilnehmer am 13./14. November ein umfassendes Bild über die Pro-

bleme der Abfallvermeidung und -beseitigung in Deutschland machen. Nach dem einführenden Referat zur Restmüllbehandlung von Dr. Schnurer (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) ging's in die Praxis: bei einer Betriebsbesichtigung in Siegburg wurde vorgeführt, wie Kunststoffregranulierung funktioniert. Pro und Contra des „Grünen Punktes“ standen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Konsolidieren heißt gestalten

Wir haben im Sommer wichtige finanz- und haushaltspolitische Richtungsentscheidungen getroffen: Wir haben ein umfassendes Sparpaket geschnürt, das den Bund 1994 um über 20 Milliarden DM, die öffentlichen Haushalte insgesamt um 25 Milliarden DM entlastet. Wir haben die Initiative zur umfassenden Mißbrauchsbekämpfung ergriffen. Zugleich setzen wir wirksame Wachstumssignale durch das Standortsicherungsgesetz, das Vorziehen öffentlicher Investitionen und die planungs- und verfahrensrechtliche Beschleunigung von Verkehrs- und Bauinvestitionen.

Seit der Vorlage des Regierungsentwurfs im Sommer haben sich erhebliche Zusatzbelastungen durch die Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen ergeben. Trotzdem werden wir die bisher vorgesehene Defizitgrenze von 70 Milliarden DM einhalten. Auch bei den Ausgaben bleiben wir mit einem Anstieg von 2,9 Prozent unter der im Finanzplanungsrat vereinbarten Wachstumsrate von 3 Prozent.

Hinter der Einhaltung der Eckwerte steht ein erheblicher, zusätzlicher Konsolidierungsbeitrag des Haushaltsausschusses. Im Rahmen der Ausgabenerhöhung um 1,6 Milliarden DM gegenüber dem Regierungsentwurf wurden Mehranforderungen von rund 10 Milliarden DM aufzufangen — davon allein 8 Milliarden DM für den Arbeitsmarkt.

Noch in diesem Jahr werden wir die näheren Einzelheiten über die Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben und Zuschüssen festlegen, um die vom Haus-

haltsausschuß vorgesehene globale Minderausgabe von 5 Milliarden DM konkret auszufüllen.

Man wirft uns immer wieder vor, wir würden die Investitionen in die Einheit vor allem durch höhere Schulden und zusätzliche Steuern finanzieren. Tatsächlich haben wir fast gleichmäßige Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen erreicht: Seit der Wiedervereinigung wurden im Bundeshaushalt rund 70 Milliarden DM bei den Ausgaben gekürzt. Die Ausgabenkürzungen waren fast genauso umfassend wie die im Zusammenhang

Aus der Haushaltsrede des Bundesfinanzministers am 23. November vor dem Deutschen Bundestag

mit der Einheit zusätzlich erhobenen Steuern und Abgaben.

Bereinigt man im Bundeshaushalt die aktuellen Konjunkturreffekte, so beläuft sich die einigungsbedingte zusätzliche Kreditaufnahme auf nur rund 20 Milliarden DM. Selbst wenn man die Kreditaufnahme der Treuhandanstalt zusätzlich berücksichtigt, bleibt der Kreditfinanzierungsanteil noch unter den anderen Finanzierungskomponenten.

Unbestritten gibt es bei uns ein strukturelles Defizit in den öffentlichen Haushalten in einer Größenordnung von rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aber wer dieses Defizit mit den Daten der Jahre 1981/82 oder mit den aktuellen Defiziten anderer Industrieländer vergleicht, darf doch nicht unterschlagen, daß Deutschland — drei Jahre nach Voll-

endung der Einheit — vor ganz anderen Aufgaben steht.

Oder anders gewendet: Ohne die Wiedervereinigung hätten wir heute von allen westlichen Ländern mit Sicherheit eines der niedrigsten Staatsdefizite. In jedem Fall wäre die Deckungslücke auch weit aus geringer als 1975 oder 1981/82.

Produzieren statt verteilen

Entscheidend ist die wachstums- und beschäftigungspolitische Effizienz unserer finanzpolitischen Beschlüsse. Ein Ausbremsen der Konjunktur findet nicht statt. Mit Defiziten im Bundeshaushalt von jeweils rund 70 Milliarden DM in den Jahren 1993 und 1994 verstetigen wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im beginnenden Wiederaufschwungsprozeß.

Auf der anderen Seite können wir die konjunktur- und arbeitsmarktbedingten Zusatzlasten nicht unvermindert auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen lassen. Denn sonst gefährden wir den Zinssenkungsprozeß, unterbrechen die Preisstabilisierung und schaden so dem Wiederaufschwung.

Mancher glaubt immer noch, durch zusätzliche Staatsnachfrage, noch höhere Steuern und möglichst hohe Lohnabschlüsse ließen sich Wachstum und Beschäftigung sichern. Aber wie soll man Wachstum und Beschäftigung schaffen, wenn man verteilt statt zu produzieren? Es gibt einen sicheren Weg, unsere wirtschaftliche Zukunft zu zerstören — und der führt über das falsche Schlagwort von der angeblichen Gerechtigkeitslücke.

85 Prozent der Investitionen in die Einheit werden von den Leistungsträgern unserer Gesellschaft aufgebracht — 15 Prozent von den Empfängern staatlicher Transfers. Fünf Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen trägt mit 25 Prozent zur Finanzierung des Aufbaus

in Ostdeutschland bei — bei einem Einkommensanteil von 18 Prozent.

Dieser Bundeshaushalt erreicht durch strikte Konsolidierung und Konzentration auf Wachstumsbereiche mehr, als jedes Defizitspending, jedes Umverteilungspaket und jedes SPD-Ausgabenprogramm jemals bewirken könnten: Wir helfen, die Zinsen zu senken und damit Milliarden-Beträge für Investitionen in den Betrieben freizusetzen.

Wir tragen zur weiteren Preisstabilisierung bei und sichern damit die Ersparnis als Grundlage unseres Wohlstands. Wir sichern durch unseren Sparkurs das internationale Vertrauen in die deutsche Finanz- und Geldpolitik. Diesen, für die Finanzierung der Einheit entscheidenden Zusammenhang, hat die Bundesbank nachdrücklich unterstrichen.

Durch zusätzliche Milliardenbeträge für die Arbeitslosenhilfe und für die Bundesanstalt für Arbeit helfen wir all denjenigen, die von der Weltrezession durch Arbeitslosigkeit betroffen werden. Die entscheidende Hilfe für die Arbeitslosen kann nur erneuertes Wachstum bringen.

Vergleichbare Konsolidierungsaufgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden erfordern gleichgerichtete Reaktionen. Wir können auf Bundesebene die unumgänglichen Kürzungen nicht glaubwürdig vertreten, solange in manchen SPD-Kommunen immer noch an zusätzlichen Verkehrsinseln und Randsteinumbauten gearbeitet wird.

Verwaltungsstellen straffen

Man sollte auch nicht durch die Städte- und Gemeindeverbände den Haushaltsnotstand ausrufen lassen, solange in vielen Verwaltungen noch ein massiver Personalüberhang besteht. Der Bund bezieht die Aufgabe der Verwaltungsstraffung auch auf sich selbst. Trotz erheblicher

Architekten und Baumeister des europäischen Hauses

Insgesamt 174 sorgfältig ausgewählte und ausgewertete Unterlagen dokumentieren das Wirken deutscher Christdemokraten für die Einheit Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Der Aufbau dieser Dokumentation mit einer Kurzbeschreibung aller Unterlagen, einem Personenverzeichnis, einer Übersicht über deutsche Christdemokraten in europäischen Einrichtungen sowie einem ausführlichen Sachregister erlauben einen raschen Überblick und ermöglichen einen schnellen Zugriff auf die gewünschten Informationen.

Das insgesamt 480 Seiten umfassende Werk ist eine wertvolle Orientierungs-

hilfe und ein unerläßliches „Handwerkzeug“ für jeden, der sich mit der europäischen Einigung befaßt.

Der Stückpreis beträgt bei Abnahme von

1 bis 19 Exemplar(en)	13,— DM
20 bis 49 Exemplaren	12,— DM
50 bis 99 Exemplaren	11,— DM
100 und mehr Exemplaren	10,— DM

zuzüglich Porto und Verpackung.

Bestellungen an:

**Stiftung zur Zusammenarbeit
Christlicher Demokraten Europas
z. Hd. Karl Colling
Centre Européen,
bat. Schumann, 3/1
L-2929 Luxemburg**

Zusatzaufgaben werden wir deshalb im Bundeshaushalt 1994 rund 6 000 Stellen einsparen. Wir werden die lineare Stellenkürzung auch 1995 fortsetzen.

Wir wollen bei der dauerhaften Sicherung der Staatsfinanzen nicht gegen die übrigen Gebietskörperschaften, sondern mit den Ländern und Gemeinden vorankommen. Wir haben auch bei den Spar- und Konsolidierungsbeschlüssen zugunsten der Länder und Gemeinden gehandelt. Allein schon durch die gesetzlichen Einsparungsmaßnahmen: Nullrunde bei der Beamtenbesoldung, Absenkung der Sozialhilfe, Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur, durch die Mißbrauchsbekämpfung und durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern werden die Mehrbelastungen der Länder und Gemeinden bei der Sozialhilfe von rund 4 Milliarden DM vollständig ausgeglichen.

Wir kommen mit dem Bundeshaushalt 1994 und dem Spar- und Wachstumsprogramm bei der Sicherung der Staatsfinanzen entscheidende Schritte voran. Aber

wir haben keinen Anlaß auszuspannen oder den Konsolidierungsaspekt bei der Lösung von Einzelaufgaben auszublen- den. Berlinumzug, Entschädigungsgesetz, Bildungsförderung, Altlastensanierung, Kohle- und Stahlhilfen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — das alles sind ernstzunehmende Themen.

Aber wenn man jedem dieser Stichworte nur eine Milliarde DM an Zusatzausgaben für den Bund zuordnen würde, wäre die Entlastung durch die vom Haushaltsausschuß beschlossenen, globalen Minderausgaben schon mehr als aufgezehrt.

Das für diese Legislaturperiode beschlossene Ausgabenmoratorium muß auch in den kommenden Monaten die vorderste Front unserer Konsolidierungsstrategie bleiben. Wir können neue Aufgaben nur übernehmen, wenn vorher der Verzicht in einem anderen Bereich fest vereinbart ist.

Konsolidieren heißt gestalten. Darin liegt die große Chance und Aufgabe der aktuellen Finanzpolitik. ■

Für eine Synthese von Ökonomie und Ökologie

Wirtschafts- und Umweltpolitik gelten traditionell noch immer als Politikfelder, die sich hauptsächlich durch Gegensätze und Zielkonflikte auszeichnen. Im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der CDU machen wir daher den Versuch, diesen Gegensatz mittels der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft aufzulösen.

Damit leugnen wir nicht einzelne Zielkonflikte, machen aber deutlich, daß wir eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung schaffen wollen, der die Synthese von Ökonomie und Ökologie immanent ist. Denn die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung heißt für uns, auch Sorge dafür zu tragen, daß Wohlstandsgewinne von heute nicht zu Lasten künftiger Generationen gehen dürfen.

Unsere ökonomische und ökologische Aufgabe muß sich im schonenden Umgang mit den knappen Ressourcen gründen. Wir dürfen nicht der trügerischen Illusion unterliegen, reine Luft und sauberes Wasser seien unbegrenzt vorhanden und kosten deswegen nichts. Unterschiedliche Meinungen gibt es jedoch über die Frage, wie denn national und international die ökologischen Notwendigkeiten in der Wirtschaft berücksichtigt werden können und sollen.

Die Debatte darüber wird mit besonderer Heftigkeit vor allem in den Industrieländern geführt, weil dort die Konsequenzen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen als besonders schwerwiegend vermutet werden.

Aufgrund der insgesamt zu hohen Abgabenbelastung trifft dies auch auf Deutschland zu, wengleich die Debatte bei uns durchaus sehr viel gelassener geführt werden könnte. Schließlich ist Deutschland das beste Beispiel dafür, daß eine führende Wirtschaftsnation auch eine führende Nation im Umweltschutz sein kann.

Umwelt-Tech ist High-Tech mit Zukunft und damit auch von enormer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. In beträchtlichem Maße wurden in diesem Bereich neue und sichere Arbeitsplätze geschaffen. Umweltschutz und

Von Christa Thoben, Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“

Umwelttechnik bieten heute über 700.000 Arbeitnehmern — und damit genau so viel wie die Textilindustrie und die Nahrungsmittelindustrie zusammen — gute und weitgehend sichere Arbeitsplätze. Der Innovationsschub in der Umwelttechnik hat auch ein umweltfreundlicheres Wirtschaftswachstum ermöglicht. Während das Bruttosozialprodukt in den letzten zehn Jahren um ca. 56 Prozent gestiegen ist, hat sich der Primärenergieverbrauch kaum verändert. Schwefeldioxyd und Staubemissionen sind im gleichen Zeitraum um 75 Prozent zurückgegangen, Kohlenmonoxydemissionen um 43 Prozent.

Dies sind beachtliche Erfolge und man-

cher mag sich deshalb fragen, warum die CDU eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft zu ihrem gesellschafts-politischen Leitbild machen will. Die Antwort darauf ist gewiß auch in den enormen Reibungsverlusten zu suchen, die notwendig waren, um diese Erfolge zu erzielen.

Mehr Eigeninitiative

Umwelt wird immer mehr als knappes Gut anerkannt. Forderungen nach einem besseren Umweltschutz stehen dabei vor allem Befürchtungen aus Reihen der Wirtschaft gegenüber, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit könnte gefährdet werden, weil das politisch Gewollte nicht machbar sei. Der aktuelle Stand der Technik kann jedoch in einer Zeit zunehmender Innovationsdynamik nicht mehr das Maß aller Dinge sein; zukunftsorientierte Unternehmensstrategien müssen sich auch am künftig durchaus Möglichen und Wegweisenden orientieren.

Wenn es gelingt, die bestehende Fehllenkung von Ressourcen durch eine intelligenter Verbindung von Umweltschutzziele und Anpassungszeiträumen zu überwinden, könnten sich Forschung und Entwicklung besser auf diese ehrgeizigen Ziele ausrichten, und die Anstrengung von Forschung und Entwicklung könnte sehr viel produktiver sein.

Dies wird umso erfolgreicher sein, je mehr Eigeninitiative zu mehr Umweltschutz und Koordination staatliche Regelungen entbehrlich machen, um ansonsten über marktwirtschaftliche Anreize die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft in den Dienst der Umwelt zu stellen. Deshalb sprechen wir uns im Grundsatzprogramm dafür aus, über marktwirtschaftliche Anreize, Umweltschonung zu belohnen und die Inanspruchnahme von Umwelt mit Kosten zu belegen.

Grundüberlegung ist dabei, daß sich Knappheiten in den Produktpreisen niederschlagen müssen. Technischer Fortschritt wird sich vorwiegend dort entwickeln, wo die Preise die entsprechenden Signale geben. Bei Anwendung dieses Prinzips müssen die Preise für die knappen Umweltgüter steigen, da wir bei realistischer Betrachtung feststellen müssen, daß die Kosten für die Inanspruchnahme der ökologischen Ressourcen — im Vergleich zum Produktionsfaktor Arbeit, der mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten belastet ist — zu gering sind.

Die Folge war und ist, daß technischer Fortschritt vornehmlich zu arbeitssparen, kapitalintensiven Investitionen führt. Ein ressourcenschonendes Wirtschaften wird dagegen weniger herausgefordert, da Energie und Umwelt ökologisch subventioniert und damit zu geringeren betrieblichen Kosten genutzt werden.

Großes Wachstumspotential

Wir wollen aber zu ökologisch ehrlichen Preisen gelangen. Deshalb müssen wir das Verhältnis der Ressource Umwelt zu den anderen Faktoren schrittweise korrigieren. Wenn wir die Preissignale verändern, wenn wir externe Effekte internalisieren, dann ändert sich auch die Zusammensetzung unseres Sozialproduktes in die umweltpolitisch gewünschte Richtung. Entsprechende politische Vorgaben und Signale sind notwendig, da die Bewahrung der Schöpfung nicht aus dem Markt an sich erfolgt.

Die Wirtschaft sollte diesen Weg mitgehen, nicht nur, weil die Kosten der umweltpolitischen Vorsorge die Kosten der sehr viel teureren Nachsorge ersparen, sondern auch, weil in der dazu notwendigen Technologie erhebliches Wachstumspotential liegt. ■

Bundesrat stimmt Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes zu

Der Bundesrat hat am 26. November dem Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes zugestimmt, nachdem eine Woche zuvor ein Kompromiß zu den letzten noch strittigen Punkten im Vermittlungsausschuß hatte gefunden werden können.

Die Novelle soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Damit werden die Arbeitsbedingungen für die Gentechnik in Forschung und Industrie deutlich verbessert. Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer: Bürokratischer Aufwand ohne Sicherheitsgewinn ist nicht gerechtfertigt. Deshalb war es höchste Zeit, die Regelungen des Gentechnikgesetzes von 1990 den inzwischen gewonnenen Erkenntnissen anzupassen. Die Politik hat ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Förderung der Schlüsseltechnologie Gentechnik gezeigt. Es ist nun an Wissenschaft und Industrie, diese positiven Rahmenbedingungen zu nutzen: Erfolge der Grundlagenforschung müssen rascher und ent-

schiedener als bisher in marktreife Produkte umgesetzt werden.

Der Schutz von Mensch und Umwelt beim Umgang mit der Gentechnik bleibt auch nach der Novellierung uneingeschränkt erhalten. Die Bürger behalten angemessene Informations- und Beteiligungsrechte bei gentechnischen Vorhaben.

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Die Einsatzmöglichkeiten der Gentechnik im Umweltschutz, in der Tier- und Pflanzenzüchtung und vor allem in der Medizin sind vielfältig. Sie erstrecken sich im medizinischen Bereich von der Erforschung der Ursachen schwerer Erblichen über die Entdeckung von Krebs-Genen bis hin zur Entwicklung und Produktion gentechnisch hergestellter Arzneimittel, Diagnostika und Impfstoffe. Zu den gentechnisch hergestellten Arzneimitteln gehört z. B. der Blutgerinnungsfaktor VIII, der von Blutern benötigt wird.

Christoph Böhr neuer Fraktionschef in Mainz

Die rheinland-pfälzische CDU-Landtagsfraktion hat am 18. November den Trierer Abgeordneten Christoph Böhr zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Nach der Vereinbarung des CDU-Landesverbandes und der CDU-Fraktion wird Böhr sein Amt mit Aufstellung der Landesliste für den Bundestag Ende Februar antreten. Gemäß der Vereinbarung wurde auch die Amtszeit des bisherigen Fraktionsvor-

standes bis zum genannten Datum einstimmig verlängert. Wilhelm und Böhr werteten das Votum der Abgeordneten als positives Signal für die Zukunft der Union in Rheinland-Pfalz.

Gemeinsam, so Böhr, könne es die CDU schaffen, dem Wähler für 1996 eine echte Alternative zur jetzigen Koalition zu bieten. Er wolle gemeinsam mit der Fraktion in freundschaftlicher Zusammenarbeit dazu seinen Anteil beitragen.

SPD versagt vor den Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung

● SPD ohne Verhältnis zur Inneren Sicherheit

Wenige Tage vor dem Wiesbadener Parteitag charakterisierte Friedhelm Farthmann, SPD-Vorstandsmitglied und SPD-Fraktionschef im nordrhein-westfälischen Landtag, gegenüber der „Neuen Rhein-Zeitung“ den Zustand seiner Partei wie folgt: Die SPD sei „programmatisch zerrissen“; die innerparteilichen Flügelkämpfe würden zur „Existenzfrage“; die Programme der letzten Jahre seien nicht mehr als „Formelkompromisse“, in denen „die wirklichen Sachfragen nicht unterschieden, sondern verdeckt“ worden seien. Mit ihren Positionen und Themen gehe die SPD „am Bürger vorbei“. Als Beispiel hierfür nannte Farthmann neben der Asylpolitik und den Blauhelm-Einsätzen die Innere Sicherheit. Hier habe die SPD in der Bevölkerung den Ruf, sie kümmere sich eher „um die Täter als um die Opfer“ (Neue Rhein-Zeitung, 12. November 1993).

Unmittelbar nach dem Wiesbadener Parteitag ging Berlins SPD-Chef Dietmar Staffelt mit seiner Partei hart ins Gericht. Er habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß sich die Sozialdemokraten mit dem Thema Innere Sicherheit so schwer täten, kritisierte Staffelt. Es gehe jetzt nicht um immer neue Ursachentheorien, sondern um praktische Schritte (Handelsblatt, 22. November 1993).

● Keine realistischen Antworten auf die drängenden Herausforderungen

Der Beschluß des SPD-Parteitages zur

Inneren Sicherheit bestätigt diese „Genossen“-Schelte. Zwar haben die Sozialdemokraten — wenn auch wohl weniger aus Einsicht und Überzeugung als vielmehr aus opportunistisch-wahltaktischen Erwägungen heraus — in einzelnen Fragen fleißig von der CDU abgeschrieben und sich den Positionen der Union angenähert. Im wesentlichen aber ist der Parteitagsbeschluß eine Mixtur aus ideologischen Scheuklappen, Verharmlosungs- und Aufweichungsbestrebungen. Er offenbart eine Realitätsferne, mit der die drängenden Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung nicht bewältigt werden können. Die SPD bleibt mit ihrem Papier weit hinter den Notwendigkeiten zurück, wie sie die CDU auf ihrem Berliner Parteitag mit ihrem Beschluß zur Inneren Sicherheit aufgezeigt hat.

● SPD diffamiert Forderungen nach entschlossenerer Kriminalitätsbekämpfung

Bereits im Ansatz liegt die SPD völlig neben der Sache, wenn sie sich gegen die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Union wendet und ihr vorwirft, sie wolle „durch die Beschwörung undifferenzierter Schreckensbilder ... ein Klima diffuser Angst und Bedrohung erzeugen, um damit immer neue Forderungen nach härteren und schärferen gesetzlichen Eingriffen zu begründen“.

Offenbar hat die SPD noch gar nicht mitbekommen, daß die Realität ernst genug ist, daß Angst- und Bedrohungsgefühle nicht künstlich erzeugt werden müssen, sondern längst in der Bevölkerung verbreitet sind. Die Bürger verlangen mit

Recht nach einem entschlosseneren Vorgehen des Staates. Will sich die SPD auch diesmal wieder — wie schon beim Asylrecht — in die Verweigerung und in unverbindliches Wortgeklengel flüchten?

Nach der jüngst veröffentlichten Umfrage des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) über Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1993 in Deutschland sehen 70 Prozent der Westdeutschen und 89 Prozent der Ostdeutschen die Sicherheit der Bürger auf Straßen und Plätzen durch Kriminalität bedroht. Nach derselben Umfrage meinen knapp zwei Drittel der Westdeutschen und mehr als drei Viertel der Ostdeutschen, daß zur Bekämpfung der Kriminalität schärfere Gesetze gebraucht werden — und bestätigen damit die Position der Union.

● Die alten Illusionen: Statt schärferer Gesetze Ausbau der Sozialarbeit

Bei der SPD hingegen regiert in der Frage des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs die pure Ideologie, wenn sie die Forderung nach schärferen Strafgesetzen als Auswuchs einer verfehlten Sicherheitspolitik abtut. Statt dessen kultiviert die SPD mit der Vorstellung, mit immer mehr Sozialarbeitern und „sozialer Prävention“ sei der Schutz der Bürger vor Verbrechen und Gewalt zu verbessern, weiter ihre alten Illusionen und verschließt die Augen vor der zunehmenden Professionalisierung weiter Kriminalitätsbereiche und vor der wachsenden Brutalität der Gewalttäter.

● SPD mitverantwortlich für gesellschaftlichen Werteverlust

Ebenso wie sie der alten sozialistischen Traumvorstellung verhaftet bleibt, daß

eine Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen auch einen Rückgang der Kriminalität mit sich bringe, strickt die SPD an der Legende, daß die Politik der CDU-geführten Bundesregierung unmit- telbar verantwortlich sei für Verfallerscheinungen in unserer Gesellschaft und damit für das Entstehen von Kriminalität. Wenn die SPD jetzt Krokodilstränen darüber vergießt, daß „die positive Wertorientierung in weiten Bereichen unserer Gesellschaft verlorengegangen“ sei und in diesem Zusammenhang — wie könnte es anders sein — Bundeskanzler Helmut Kohl als den Hauptschuldigen benennt, mutet sie der deutschen Öffentlichkeit eine dreiste Geschichtsklitterung zu. Wer hat denn jahrelang Werte verächtlich gemacht, der grenzenlosen Selbstverwirklichung und dem Konflikt das Wort geredet und Tugenden wie etwa Fleiß, Selbstdisziplin und Pünktlichkeit als „Sekundär-Tugenden“ diffamiert, mit denen man genauso gut ein KZ führen könne?

● SPD redet Verharmlosung von Straftaten und Aufweichung des Strafrechts das Wort

Vollends entlarvend wird es, wenn die SPD den Verlust von Werten in unserer Gesellschaft beklagt, im selben Atemzug aber der Verharmlosung von Straftaten und der Aufweichung des Strafrechts das Wort redet und damit den beklagten Tendenzen noch weiteren Vorschub leistet. Nach den Vorstellungen der SPD sollen „kleinere Gesetzesverstöße“ nicht mehr als Straftat geahndet werden. Sitzblockaden sollen nicht mehr den Tatbestand der Nötigung erfüllen. Bei „Kleinkriminalität“ sollen verstärkt „Einstellungen“ vertritt werden. In der Drogenpolitik vertritt die SPD eine Aufweichungspolitik „bis hin zur Nichtverfolgung“ beim Besitz harter Drogen wie Heroin und Kokain. Die Strafaussetzung zur Bewährung bei

Freiheitsstrafen soll ausgeweitet, die Strafaussetzung zur Bewährung bei Geldstrafen eingeführt werden. Wenn die SPD meint, dem Anstieg von Kriminalität und Gewalt mit einer immer weitergehenden Liberalisierung des Strafrechts und der Teilkapitulation des Rechtsstaates entgegenwirken zu können, unterliegt sie einer ebenso naiven wie gefährlichen Selbsttäuschung.

● SPD verweigert Instrumente zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität lehnt die SPD nicht nur die Beteiligung des Verfassungsschutzes kategorisch ab, sondern verweigert auch verdeckten Ermittlern der Polizei die Möglichkeit, begrenzte, milieubedingte Normverletzungen begehen zu dürfen, um an die Hintermänner und Drahtzieher heranzukommen zu können. Wenn aber verdeckte Ermittler der Polizei sich nicht milieugeeignet verhalten dürfen, so ist ihre Einschleusung in Gruppierungen der Organisierten Kriminalität und der Aufbau geeigneter Legenden zu ihrer Abdeckung kaum möglich.

● SPD-Vorschlag zur elektronischen Wohnraumüberwachung ist praxisfremd und verhindert erfolgreichen Einsatz

Bei der Frage der elektronischen Wohnraumüberwachung ist die SPD — unter großem Ächzen und Stöhnen und, um ihren Parteichef nicht öffentlich zu demontieren — von einer kategorischen Verweigerungshaltung abgerückt und hat sich der Position der Union angenähert. Das von der SPD beschlossene mehrstufige Genehmigungsverfahren ist allerdings an Kompliziertheit und Praxis-

fremdheit kaum zu überbieten und deshalb so nicht akzeptabel. Statt der notwendigen strengen richterlichen Kontrolle der Überwachungsmaßnahmen fordert die SPD zusätzliche bürokratische und zeitraubende Genehmigungsverfahren. So soll bei Eingriffen in Wohnungen im Bereich der Strafverfolgung die Anordnung der Zustimmung einer parlamentarisch gewählten Kommission bedürfen, bevor die Staatsanwaltschaft einen entsprechenden Antrag bei dem zuständigen Kollegialgericht stellt.

Durch eine derartig ausgestaltete Genehmigungsverfahren wird der zeitnahe Einsatz der Fahndungsmittel verzögert und damit der Aufklärungserfolg gefährdet. Straftäter werden der Justiz kaum den Gefallen tun, einen konspirativen Treff Wochen im voraus anzukündigen, damit der Staatsanwalt rechtzeitig den notwendigen Segen einer Parlamentskommission einholt, um so dann erst beim zuständigen Landgericht den Antrag zur Genehmigung der akustischen Überwachung des Gangster-Treffs stellen zu können.

Die völlig inakzeptablen und praxisfremden Hürden sowie das hauchdünne Abstimmungsergebnis legen die Vermutung nahe, daß die SPD der Genehmigung von Abhörmaßnahmen gegen Kriminelle nicht aus sachlichen, sondern nur aus opportunistisch-wahltaktischen Gesichtspunkten zugestimmt hat.

● SPD-Konzept der Entkriminalisierung und Liberalisierung ist falscher Weg

Die SPD hat mit ihrem Wiesbadener Parteitag erneut unter Beweis gestellt, daß sie nicht fähig ist, die erforderlichen Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der Inneren Sicherheit zu geben. Ideologiefixierte Realitätsverweigerung, Entkriminalisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen sind der falsche Weg.

Die SPD versteht die Welt nicht mehr

Der außenpolitische Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Wiesbadener Bundesparteitag ist ein Dokument der Wirklichkeitsverweigerung. Er steht in der Tradition pazifistischen sozialdemokratischen Denkens.

Außenpolitisch hat die SPD damit in den letzten 10 Jahren nichts dazugelernt. So wie sie 1981/82 ihren Kanzler bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses im Stich gelassen hat, fesselt sie heute ihre Führungsriege.

Schlimmer noch: Würde die SPD-Politik Regierungspolitik, so geriete Deutschland in die internationale Isolation. Mit dieser Programmatik bleiben die Sozialdemokraten meilenweit von der Regierungsverantwortung entfernt. Die SPD bleibt außenpolitisch tief zerrissen zwischen ihren pazifistischen Träumereien und den realen Notwendigkeiten verantwortlicher Politik.

● Die SPD zementiert die deutsche Sonderrolle

Deutsche Soldaten sollen sich auch nach einer Grundgesetzänderung nur an UN-Blauhelmeinsätzen beteiligen dürfen. Faktisch bedeutet diese Haltung die Isolation Deutschlands im Rahmen der Völkergemeinschaft und damit eine entscheidende Schwächung all derjenigen Kräfte, die sich für den Aufbau eines wirksamen Instrumentariums gegen Verletzungen des Völkerrechts einsetzen.

● Die SPD findet keine wirksame Antwort auf militärische Aggression und Völkerrechtsverletzung

Die SPD findet keine überzeugende Ant-

wort auf die Tatsache immer noch stattfindender militärischer Eroberungskriege. Sie läßt damit militärisch unterlegene Opfer in der Stunde der Not allein und zerstört durch ihre Ablehnung friedenswiederherstellender Maßnahmen im Rahmen von NATO, WEU und KSZE selbst heute schon vorhandene Möglichkeiten. Damit trägt sie aber indirekt zur Aufrüstung bei. Ohne das Eingreifen der Völkergemeinschaft bleibt es für Aggressoren attraktiv, aufzurüsten, um Krieg führen zu können. Die Nachbarn wiederum werden in zusätzliche eigene Rüstungsanstrengungen getrieben, um sich dieser Gefahr erwehren zu können.

● Der neue Sicherheitsbegriff der SPD führt ad absurdum

Die SPD hat den Begriff Krieg bzw. bewaffnete Konflikte aus ihrem Duden gestrichen. Ihr Geschichtsbewußtsein reicht gerade noch bis zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft zurück. Sie tut so, als könne der Frieden — wie im Falle der EG — lediglich durch wirtschaftliche Verflechtung und politische Zusammenarbeit hergestellt werden. Dieses auf Europa und Deutschland beschränkte Denken verdeutlicht die Realitätsferne der SPD. Gerade der Konflikt auf dem Balkan zeigt, wie sehr sich die Theorie der SPD von der brutalen Realität unterscheidet.

Kooperative Sicherheit läßt sich nur mit kooperationswilligen Partnern ermöglichen. Daß sich ein aggressives Land als unkooperativ erweisen könnte, leuchtet der SPD nicht ein. Die Lehre aus der jüngsten Geschichte ist aber: Wer sich als Aggressor sicher fühlt, weil er keine militärische Intervention von außen zu befürchten hat, kann weiterhin ungehin-

dert Kriege führen. Es wäre ein fataler Fehler, wenn die militärische Dimension der Sicherheit vergessen würde. Der neue Sicherheitsbegriff der SPD widerspricht jeglicher menschlicher Erfahrung.

● Die SPD versperrt den Weg zu einer europäischen Verteidigungsidentität

Die SPD lehnt die Petersberger Beschlüsse der WEU ab. Sie steigt mit ihrer Kritik an „überflüssigen militärischen Doppelstrukturen“ aus der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Rahmen des Euro-Corps aus. Damit versperrt sie den Weg zu einer europäischen Verteidigungsidentität. Europäische Sicherheitspolitik ist nur so glaubhaft wie die ihr zur Verfügung stehenden Mittel.

● Für die SPD ist die NATO ein Auslaufmodell

Die SPD träumt nach wie vor von einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, das die NATO ablöst. Die fundamentale Bedeutung der Atlantischen Allianz für die deutsche Sicherheit in einer Zeit, in der Kriege in Europa wieder geführt werden, national-chauvinistische Kräfte in Mittel- und Osteuropa an Kraft und Einfluß gewinnen, atomare, biologische und chemische Massenvernichtungsmittel in immer mehr Diktatorenhände zu geraten drohen, wird sträflich übergangen.

Die NATO hat in Anbetracht dieser Bedrohungen gerade für Deutschland als Staat ohne eigene Verfügungsgewalt über atomare Waffen eben nicht an Bedeutung verloren. Diese Vorstellung der Sozialdemokraten ist nicht nur falsch, sie isoliert uns auch von unseren Partnern und Freunden in WEU und NATO.

● Der SPD-Idealismus verhindert Durchsetzung des Rechts

Die Sozialdemokraten fordern in ihrem Parteitagsbeschuß das Recht des Stärkeren durch die Stärkung des Rechts zu ersetzen. Recht kann jedoch nur dann seine friedensstiftende Kraft entfalten, wenn es auch die Bereitschaft zu seiner Durchsetzung gibt. Gesetze bleiben wirkungslos ohne Polizei und Justiz. Die internationale Durchsetzung des Rechts — wenn nötig auch mit militärischen Mitteln — lehnen die Sozialdemokraten jedoch ab.

● Die SPD-Politik würde uns wehrlos machen

In einer Zeit, in der die Saddam Husseins dieser Welt sich mit auch uns erreichenden Mittelstreckenraketen und atomaren Sprengköpfen auszurüsten versuchen, wollen die Sozialdemokraten Deutschland durch den Abzug aller Atomwaffen wehrlos machen. Diese Politik ist mehr als kurzsichtig. In vielen Teilen Europas — in Jugoslawien, Georgien und Armenien —, wo keine Atomwaffen vorhanden sind, ist der konventionelle Krieg wieder zum Alltag geworden.

● Die SPD bleibt bei ihrer Ideologie der einseitigen Abrüstung

Mit der Reduzierung auf 370.000 Mann verfügt Deutschland nur noch über 55 Prozent der ursprünglichen Stärke von Bundeswehr und NVA. Der Verteidigungsetat ist seit Jahren rückläufig. Noch nie haben jedoch so viele kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden wie 1992. Der Traum vom Zeitalter des ewigen Friedens ist zerplatzt. Deutschland

und die NATO tun deshalb gut daran, eine militärische Grundsicherung für die Wechselfälle der internationalen Politik bereitzuhalten.

● Die „Neue Ostpolitik“ der SPD ist eine Sprechblase

Die Forderung der Sozialdemokraten nach Unterstützung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa ist ein alter Hut. Kein Land hat soviel dazu beigetragen, wie die Bundesrepublik Deutschland. Deutschland hat die Reformen mit mehr als 80 Milliarden D-Mark unterstützt und damit 50 Prozent der gesamten internationalen Hilfe geleistet. Die „Neue Ostpolitik“ der SPD ist verschämter Beifall für die Politik der Union.

● Die SPD klebt immer noch an ihrer entwicklungspolitischen Ideologie

Wie schon zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung kann die SPD auch als Oppositionspartei kein Konzept für eine kontinuierliche und konsequente Entwicklungspolitik vorweisen. Noch heute beklagt sie die „internationale Ausbeutung“ der Entwicklungsländer durch die Industrienationen. Die entwicklungspolitischen Beschlüsse der SPD sind ein ideologischer Gemischtwarenladen voller offener Fragen und Widersprüche. Ihr Konzept: Eine Prise marktwirtschaftliches Grundbekenntnis, eine gehörige Portion ökologischer Rigorismus und viel sozialistische Gesellschafts- und Systemkritik. So entsteht dann der gewünschte Inhalt: Ein konfuser ideologischer Supermarkt, der für alle Flügel der SPD etwas anbietet. Damit versperrt die SPD den Weg zu einer realistischen Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern des Südens. ■

Zukunft des sozialen Wohnungsbaus

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Städte- und Wohnungsbau“, Werner Dörflinger, erklärte:

Für einen völlig neuen Weg bei der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus setzt sich der Bundesfachausschuß für „Wohnungs- und Städtebau“ der CDU ein. Wie sein Vorsitzender Werner Dörflinger, MdB, nach einer Tagung im Konrad-Adenauer-Haus erklärte, dürfe es dabei nicht nur um eine Modifizierung der bisherigen Förderinstrumente gehen, sondern um einen neuen, zukunftsweisenden Weg, der neben einer Vereinfachung der Förderung auch die Ablösung der Fehlbelegungsabgabe und die Neufestsetzung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau zum Inhalt haben müsse.

... duldet keinen Aufschub

Da die Neuregelung wegen der drängenden Probleme keinen Aufschub mehr dulde, setze sich der Bundesfachausschuß dafür ein, daß die Bundesregierung von ihrer richtigen Grundposition einkommensabhängiger Mieten her bis spätestens Anfang des kommenden Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlege, dessen Beratung dann noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages abgeschlossen werden müsse.

Dörflinger betonte weiter, daß die gesetzliche Neuregelung sowohl die Probleme im Wohnungsbestand als auch die bei der künftigen Förderung des Neubaus lösen müsse.

Reform muß sozialen Wohnungsbau auch sozial treffsicher machen

Nach einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Zukunft des sozialen Wohnungsbaus erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Der soziale Wohnungsbau bedarf in Neubau und Bestand dringender Reformen, weil er nicht mehr sozial treffsicher ist, Investoren zunehmend abschreckt, nicht auf kosten- und flächensparendes Bauen hinarbeitet und die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zunehmend überfordert.

Trotz Fehlbelegungsabgabe, die nach wie vor erhebliche Lächer hat, ist der soziale Wohnungsbau unsozial. In den Beständen mit billigen Mieten sitzen oft, und das über viele Jahre, besser verdienende Bevölkerungsgruppen, während die erstmals eine Wohnung Suchenden die teuersten Sozialmieten zu zahlen haben.

Zudem kommen zunehmend nur Empfänger von Transfer-Einkommen in neu-erstellte Gebäude, wo die Miete zwar vom Staat bezahlt wird, die soziologische Schichtung dieser Bestände für die Unternehmen jedoch riesige Probleme aufwirft.

Trotz vieler vom Bund geförderter Versuchsprojekte für kosten- und flächensparendes Bauen haben die Ergebnisse bisher kaum Einfluß auf die Standards im sozialen Wohnungsbau gehabt. Angesichts knapper Haushaltsmittel bei Bund, Ländern und Gemeinden wird nicht nur über effizientere Förderwege zu sprechen sein, sondern auch über Standards, die im sozialen Wohnungsbau zu nicht mehr akzeptablen Erstellungskosten führen.

Bundesregierung, Bundesrat, alle Fraktionen im Bundestag und fast alle wohnungswirtschaftlichen Fachleute bejahen zwischenzeitlich die von der Union seit Jahr und Tag erhobene Forderung einer Gesamtreform des sozialen Wohnungsbaus. Einzelne Gesetzesinitiativen des Bundesrates, der Opposition und natürlich auch die Vorstellungen der Bundesbauministerin sprechen Teile der Gesamtkonzeption an und sind für die Union diskutierfähig.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat werden jedoch Einzelinitiativen nur dann weiterhelfen, wenn dies in ein Gesamtkonzept paßt, das angesichts der Größe der Herausforderung nicht in wenigen Monaten zu realisieren ist. Nötig ist ein neuer Mindestkonsens sowohl zwischen den politischen Parteien als auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Eckpunkte dieses neuen Gesamtkonzeptes sind nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter anderem:

- eine einkommensorientierte Neubauförderung,
- eine wohnwertorientierte Miete im Bestand,
- Einbeziehung von Elementen des kosten- und flächensparenden Bauens in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus,
- bessere Harmonisierung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Wohngeld,
- Überflüssigmachen der Fehlbelegungsabgabe durch Einführung der einkommensorientierten Förderung und wohnwertorientierten Miete,
- Erhöhung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau. ■

„Plus-Minus“: ARD-Fernsehmagazin stellt falsche Behauptungen auf

Die ARD-Fernsehsendung „Plus-Minus“ hat am 23. November eine Reihe von Behauptungen aus der Diskussion um die Pflegeversicherung aufgewärmt, die inzwischen längst widerlegt und richtiggestellt sind.

Als Fazit des Tendenz-Beitrages könnte man ziehen: Durch die zukünftigen Aufwendungen der Pflegeversicherung verschlechtert sich die Lage der Pflegebedürftigen.

Plus-Minus behauptet:

Ein ambulant versorgter Schwerstpflegebedürftiger würde in Zukunft 1.200 Mark von der Pflegeversicherung erhalten, hätte aber jetzt schon „Anspruch auf exakt 1.197 Mark von Sozialamt und Krankenkasse“.

Das ist falsch. Richtig ist:

- Dieser Schwerstpflegebedürftige kann künftig Sachleistungen bis zum Wert von 2.100 Mark monatlich in Anspruch nehmen.
- Entscheidet er sich für das Pflegegeld von 1.200 Mark, so löst er hiermit einen Leistungsanspruch ein. Es gibt keine Bedürftigkeitsprüfung durch die Sozialhilfe, keine Einkommens- und Vermögensanrechnung, kein Rückgriff auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familienangehörigen.
- Zur Sachleistung in Form von Pflegeeinsätzen oder zum monatlichen Pflegegeld kommen an Leistungen der Pflegeversicherung noch hinzu: Beratung und Schulung der pflegenden Angehörigen. Sozialversicherungsbeiträge für die häuslichen Pflegekräfte von über 500 Mark

monatlich, Pflegehilfsmittel und Unterstützung bei einer pflegerechten Ausgestaltung des Wohnumfeldes.

Plus-Minus behauptet:

Das Gros der ambulant versorgten Pflegebedürftigen habe auch heute schon

Von Horst Günther, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

„Anspruch auf Pflegegeld vom Sozialamt“.

Das ist falsch. Richtig ist:

Nach dem Pflegeversicherungsgesetz werden in der ambulanten Versorgung rund 500.000 Pflegebedürftige erstmals Leistungen erhalten und über 500.000 Pflegebedürftige höhere Leistungen erhalten. Ambulante Leistungen der Sozialhilfe erhalten aber bisher überhaupt nur rund 278.000 Pflegebedürftige.

Plus-Minus behauptet:

468.000 ambulant versorgten Pflegebedürftigen nutze die neue Versicherung nichts, sondern „sie blieben auch weiterhin aufs Sozialamt angewiesen“.

Das ist falsch. Richtig ist:

Von den 278.000 Personen, die heute überhaupt nur Pflegeleistungen der Sozialhilfe zur ambulanten Versorgung erhalten, dürften die meisten schwer- und schwerstpflegebedürftig sein und deshalb

Zur Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Pro Jahr sind es 250 bis 300 Veranstaltungen, die im Bildungszentrum Schloß Eichholz stattfinden. Die Angebote richten sich zumeist an Angehörige ganz bestimmter Zielgruppen. Das soeben erschienene Halbjahresprogramm 1/94 gibt darüber Aufschluß.

Folgende Gruppen vor allem sind aufgeführt:

- Lehrerinnen und Lehrer
- Journalistinnen und Journalisten
- Soldaten der Bundeswehr
- Angehörige der Polizei und des Bundesgrenzschutzes
- Politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich
- Frauen
- Evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer
- Junge Führungskräfte aus Politik,

Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verwaltung

- Leiterinnen und Leiter von Sozialämtern
- Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger
- Studentinnen und Studenten
- Junge Zeitungsmacher und Nachwuchsjournalisten
- Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe

Die 40 Seiten umfassende Broschüre enthält überdies Angaben zu Themen, Terminen und Teilnahmebedingungen. Sie wird — auf schriftliche Anfrage — verschickt von:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
D-50387 Wesseling

in Zukunft verbesserte Leistungen durch die Pflegeversicherung erhalten.

Plus-Minus behauptet:

„Schon heute kostet ein Heimplatz rund 5.000 Mark monatlich. Doch die Pflegeversicherung wird nur gut 2.000 Mark abdecken. Auch künftig werden also alle Heimbewohner, deren Rente unter 3.000 Mark liegt, zu Sozialhilfeempfängern.“

Das ist falsch. Richtig ist:

Nach einer Länderumfrage des BMA im Juni 1993 betrug der durchschnittliche Pflegesatz in den alten Bundesländern 1992 rund 3.800 Mark und in den neuen Bundesländern rund 2.700 Mark. Die Leistung bei stationärer Pflege beträgt nach

dem Regierungsentwurf 1993 nicht „gut 2.000 Mark“, sondern 2.100 Mark. Dieser Betrag ist auf der Wertebasis von 1991 ermittelt und wird dynamisiert. Er beträgt 1993 bereits 2.300 Mark und 1996 2.600 Mark. Hinzu kommt ein Betrag von rund 500 Mark für den Investitionskostenaufwand.

Für den Versicherten bleibt nur der von allen Beteiligten befürwortete Eigenanteil für Unterkunft und Verpflegung („Hotelkosten“) in Höhe von rund 700 bis 800 Mark. Diese Leistungen reichen aus, damit ein Rentner nach einem erfüllten Arbeitsleben künftig wegen Pflegebedürftigkeit auch bei stationärer Versorgung nicht mehr Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß. ■

Warnung vor gefährlichen Jugendsekten und Psychokulten

Liebe Freunde,

nicht aus einem aktuellen politischen Anlaß möchte ich mich heute an Sie wenden, sondern aufgrund der von verschiedenen Seiten zugetragenen Warnung vor gefährlichen Jugendsekten und Psychokulten. Bereits seit längerem versuchen verschiedene Sekten, Wirtschaft, Wissenschaftsinstitutionen, Berufsverbände, Gewerkschaften und nicht zuletzt die Parteien zu unterwandern und für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

So versuchen gefährliche Sekten, u. a. in Parteien, auf „Seelenfang“ zu gehen und neue Klienten für ihre Psychokurse zu werben. Gegen diese mögliche Infiltration von außen müssen wir uns entschieden wehren.

Die Pluralisierung der Lebensstile und die damit verbundene Entfremdung von den christlichen Kirchen hat dazu geführt, daß viele Menschen in Deutschland bereit sind, sich neuen religiösen oder psycho-analytischen Gruppen zu öffnen. Spektakulär sind in der letzten Zeit besonders zwei Psychogruppen in der Öffentlichkeit bekanntgeworden, die für sich selbst einen absoluten Wahrheitsanspruch erheben: Das ist zum einen die weltweit verbreitete sog. „Scientology Church“ und zum andern der „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM).

Ich bitte Sie, in Ihrem Kreisverband sehr sorgfältig zu beobachten, ob Sekten in Ihrem Umfeld aktiv sind. Gefährliche Psychosekten agieren häufig unter Tarnnamen wie „Gesellschaft zur Förderung religiöser Toleranz und zwischenmensch-

licher Beziehungen“ oder „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“.

Hinter harmlosen Slogans, die ganz unverfänglich sind, verstecken sich persönlichkeitszerstörende Lehren. Die Kirchen, Landesjugendämter und andere Verantwortliche in der Jugendarbeit warnen eindringlich vor dem Einfluß der Sekten.



Alle genannten Sekten mißbrauchen unsere freiheitliche Rechtsordnung für ihren eigenen Profit und richten seit längerem großes menschliches Leid an.

Zum Thema Sekten möchte ich Sie deshalb auf die abgebildete Broschüre der Jungen Union hinweisen. Sie geht kompetent und sachlich auf die gefährlichen Sekten und Psychokulte ein. Titel dieser Broschüre: „In-Sekten — Nein danke“.

Sollten Sie Rückfragen zur Sektenproblematik haben, können Sie sich gerne an die CDU-Bundesgeschäftsstelle wenden, die Ihnen mit Rat und Tat oder auch mit Referententips zur Seite stehen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-J. Reck

Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck

Materialien zu Europa

● Das bringt uns die Europäische Union Neuerungen und Nutzen für uns Deutsche

Am 1. November 1993 ist die Europäische Union in Kraft getreten. Was bedeutet das überhaupt und insbesondere für uns Deutsche? Was bringt uns der Binnenmarkt? Welche Auswirkungen hat die Europäische Union auf die Asylpolitik? Die Antworten auf diese Fragen gibt Ihnen anhand von überschaubaren Grafiken und informativen Texten diese Broschüre.

Bestell-Nr.: **5752**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 15,90 DM

● Europa in Stichworten Fakten und Argumente zur Europapolitik

Wenn es um das Thema Europa geht, dann begegnen Sie oft vielen Vorurteilen, die meist in der ungenügenden Information der Betroffenen begründet ist. Doch das ist nicht verwunderlich angesichts der sehr komplexen Thematik „Europa“. Um dies den Bürgern nahe zu bringen, benötigen Sie detaillierte und sachliche Informationen, warum die CDU zu diesem Thema die treibende Kraft in Deutschland ist.

Bestell-Nr.: **5736**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 29,90 DM

● Europa von A—Z Aktuelle Stichworte zur Europapolitik

Was verbirgt sich hinter der „Dubliner Konvention“? Was bedeutet „ECU“? Wo gibt es weitere Informationen über Stu-

dienmöglichkeiten oder Städtepartnerschaften in Europa? Die Antworten finden Sie sehr schnell in dieser kleinen DIN-A6-Broschüre im Taschenformat.

Bestell-Nr.: **5514**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 24,— DM

● Rahmenplakat und Rahmenflugblatt Wir machen uns stark für Europa

Damit bringen Sie Ihre Veranstaltungen zum Thema Europa in den richtigen Rahmen.

● Rahmenplakat DIN A1

Bestell-Nr.: **8481**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 25,— DM

● Rahmenflugblatt DIN A4

Bestell-Nr.: **1482**
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 18,— DM



Werbemittel zur Weihnachtszeit

● Advents- und Weihnachtsliederbuch

Trotz aller moderner Hi-Fi-Anlagen und CD-Player ist Weihnachten nach wie vor das Fest, bei dem am meisten im Kreise der Familie gemeinsam gesungen wird. Doch Hand aufs Herz! Kennen Sie alle Texte auswendig?

Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,75 DM

● Weihnachtspostkarte

Ein netter Brauch zu Weihnachten ist immer wieder die Weihnachtspost. Ein kleiner Gruß, ein paar nette Zeilen bringen Sie bei Ihren Bekannten und Verwandten in Erinnerung.

Bestell-Nr.: **9453**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 9,90 DM

● Geschenkpapier

Dieses Geschenkpapier ist mit einem Rapport aus Länderwappen und CDU-Logo versehen und ist deshalb zeitlos für alle festlichen Anlässe einsetzbar. Da wir zudem auch den Umweltschutz nicht außer acht lassen, wurde dieses Geschenkpapier zu 100 Prozent aus Altpapier hergestellt.

Bestell-Nr.: **9592**

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Verpackungseinheit:
19,60 DM

● Winterschal

Der CDU-Winterschal sollte jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen, denn dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich.

Bestell-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 5 Stück

Preis je 25 Expl.: 47,25 DM

● CDU-Eiskratzer in neuer Qualität

Weihnachtszeit, das ist in unseren Breitengraden auch immer die kalte Jahreszeit, d. h. zugefrorene Scheiben, verschmutzte Scheinwerfer behindern wieder die Sicht. Unser neuer CDU-Eiskratzer schafft hier Abhilfe.

Und was ist da dran neu?

Der neue Eiskratzer ist größer, besteht aus stärkerem Material und besitzt einen langen Griff, damit die Finger nicht schmutzig werden.

Und wo bleibt der Umweltschutz?

Der neue Eiskratzer besteht aus recycelten bzw. wiedereingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polyester, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern benötigt wird, und ist somit ein weiterer Beitrag zum Abbau der Müllberge.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 69,— DM



● **Postkarte**



Advents- und
Weihnachts-
lieder

● **Weihnachtsliederbuch**

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: 0 54 23/4 1521

Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.



● **Postkarte**



● **Winterschal**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Europa wächst zusammen



Der CDU-Europa-Kalender ist das ideale Werbemittel für das vor uns stehende Mega-Wahljahr 1994. Er besteht aus 13 Blättern im Format 39x30 cm. — Bestell-Nr.: 9610. Verpackungseinheit: 10 Expl. Preis je 10 Expl.: 50 DM.

UiD

38/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.